

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Bildung Bern
Monbijoustrasse 36
Postfach 7163
3001 Bern

18. Oktober 2017

RRB-Nr.: 1070/2017
Direktion Erziehungsdirektion
Unser Zeichen -
Ihr Zeichen -
Klassifizierung Nicht klassifiziert



Petition «Stopp Bildungsabbau»

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 31. März 2017 haben Sie die kantonale Petition «Stopp Bildungsabbau» eingereicht. Mit Beschluss vom 26. April 2017 nahm der Regierungsrat von dieser Petition Kenntnis.

Die Petition verlangt, dass der Regierungsrat im aktuellen Entlastungspaket 2018 (EP 2018) auf weitere Spar- und Abbaumassnahmen im Bildungsbereich verzichtet. Diese Forderung wird in Zusammenhang mit der vor einigen Jahren erfolgten Aufgaben- und Strukturüberprüfung (ASP 2014) gestellt. Im Rahmen der ASP hatte der Regierungsrat die Aufgabe, auch in der Bildung Sparvorschläge zu verabschieden. Weitere künftige Sparmassnahmen würden nach Ansicht der Petitionäre die Bildungschancen der Kinder und Jugendlichen gefährden.

Grundsätzlich hat der Regierungsrat Verständnis dafür, dass Bildung Bern mit der Petition «Stopp Bildungsabbau» einen Verzicht auf weitere Sparmassnahmen im Bereich der Bildung fordert.

Die schwierige Finanzsituation hat die Berner Politik in den letzten Jahren geprägt. Dem Regierungsrat und Parlament ist es nach dem Defizit 2012 sowie den besorgniserregenden finanziellen Perspektiven gelungen, mit teilweise einschneidenden und schmerzhaften Entlastungsmassnahmen und einer restriktiven Ausgabenpolitik den bernischen Finanzhaushalt zu stabilisieren. Trotz des im März 2017 präsentierten guten Rechnungsabschlusses 2016 bleibt jedoch die finanzpolitische Lage weiterhin anspruchsvoll. Der Regierungsrat hat deshalb be-

reits im vergangenen Herbst die Erarbeitung eines Entlastungspakets mit dem Ziel beschlossenen, dem Grossen Rat einen ausgeglichenen Voranschlag 2018 und einen Aufgaben-/Finanzplan 2019 – 2021 vorzulegen sowie die nachhaltige Finanzierung der Steuergesetzrevision 2019 sicherzustellen.

Der inzwischen zuhanden des Grossen Rates verabschiedete Bericht zum EP 2018 zeigt auf, mit welchen Massnahmen der Regierungsrat auf die verschlechterten finanziellen Aussichten des Kantons Bern reagieren will. Die vorgesehenen Massnahmen hat er politisch gewichtet und in eine Gesamtperspektive gesetzt. Dies führte im Ergebnis dazu, dass einzelne Produktgruppen und Direktionen im interdirektionalen Vergleich unterdurchschnittlich, andere hingegen überdurchschnittlich stark von EP 2018 betroffen sind. Der Regierungsrat hat das Entlastungspaket sorgfältig erarbeitet und nach bestem Wissen und Gewissen beschlossen.

Es war nicht möglich, im Rahmen dieses Prozesses auf Entlastungsmassnahmen im Bildungsbereich zu verzichten. Der Regierungsrat hat sich aber ganz bewusst für eine vergleichsweise unterdurchschnittliche Beteiligung des Bildungsbereichs an den Entlastungsmassnahmen ausgesprochen. Der Regierungsrat ist sich aber bewusst, dass die geplanten Einsparungen auf allen Bildungsstufen zu einschneidenden Konsequenzen für die verschiedenen betroffenen Anspruchsgruppen führen werden.

Keine Kürzungen sieht das EP 2018 bei der budgetierten Lohnsumme vor. Der Regierungsrat setzt damit ein personalpolitisches Zeichen. Er will die in den letzten drei Jahren erzielten Fortschritte in Bezug auf den Lohnrückstand gegenüber dem relevanten Konkurrenzumfeld nicht gefährden und diese als zentrales personalpolitisches Ziel definierte Massnahme weiterführen.

Der Grosse Rat wird nun den Bericht des Regierungsrates in der Novembersession 2017 zusammen mit dem Voranschlag 2018 und Aufgaben- und Finanzplan 2019 – 2021 sowie der Steuergesetzrevision 2019 beraten.

Die Regierung hat alles darangesetzt, im Bereich Bildung möglichst wenige Sparmassnahmen zu ergreifen. So wird der Kanton Bern auch in Zukunft in der Lage sein, den Kindern und Jugendlichen eine gute Schule bzw. Ausbildung sowie der Lehrerschaft angemessene Anstellungs- und Arbeitsbedingungen zu bieten. Letztlich verfügt der Kanton Bern über ein hervorragendes Bildungssystem, von der Volksschule über die Sekundarstufe II bis zur Tertiärstufe.

Er dankt Ihnen für Ihr Engagement im Dienste der Bildung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident



Bernhard Pulver

Der Staatsschreiber



Christoph Auer